

XXIV. GP.-NR

10304 /J

17. Jan. 2012

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter

an den Herrn Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

betreffend **Maturareisen in Länder ohne konsularischen Schutz und Flugambulanz**

Die "Wiener Zeitung" titelte im Oktober 2011 "Rum, Wodka – und Waffen Maturareise als Agententhiller? Veranstalter von Maturareisen geraten in die Kritik von Konsumentenschützern". Einige Auszüge daraus:

"Jede Menge Alkohol und eine Location in der Nähe von einem Waffenlager. [...] der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat Verbandsklagen gegen das Unternehmen DocLX Travel Events und dessen Konkurrenten Splashline erhoben. DocLX bietet in Zusammenarbeit mit Ruefa Maturareisen nach Zypern an. Im Prospekt und auf der Homepage werde die Reise aggressiv damit beworben, dass es hochprozentigen Alkohol (Rum und Wodka) 'jederzeit und überall und immer und alle Tage und die ganze Woche und rund um die Uhr und im gesamten Club 4 Free' gäbe."

...
"Die großen Maturareise-Veranstalter scheinen sich damit übertrumpfen zu wollen, wer ein Mehr an harten Alkoholika zu bieten hat."

...
"Seitens der südzypriotischen Botschaft hieß es indes, dass direkt hinter dem Hotel 'eines der größten Munitionsdepots' des Gebiets liege."
("Wiener Zeitung", 27. Okt. 2011, S. 11)

Die Gratiszeitung "Heute" berichtet zum selben Sachverhalt unter dem Titel "Außenamt warnt: 7000 Schüler reisen in 'verbotenes Land'":

"Nordzypern wird von der EU nicht als Land anerkannt, konsularischer Schutz ist somit nur eingeschränkt möglich. Der Flughafen Ercan wird von der Ärzteflugambulanz nicht angefliegen", erklärt Außenamtssprecher Peter Launsky-Tieffenthal."
("Heute", 25. Okt. 2011, S. 15)

Des weiteren soll

"...Nordzypern die Maturareise mit 100.000 Euro 'Urlaubsgeld' subventionie-

CS

ren."

("Heute", 25. Okt. 2011, S. 15)

Die Instrumentalisierung von österreichischen Schülern, zumal Maturanten für politische Zwecke eines international nicht anerkannten Landes ist hierbei offensichtlich.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten die folgende

Anfrage

1. Handelt es sich bei der Erklärung von Außenamtssprecher Launsky-Tieffenthal um eine Reisewarnung?
2. Falls nein, hat die von Herrn Launsky-Tieffenthal abgegebene Erklärung irgendeine rechtliche Auswirkung, falls es beispielsweise während der Maturareise zu Zwischenfällen kommen sollte, die tatsächlich eine konsularische Unterstützung oder den Einsatz der Flugambulanz notwendig erscheinen ließen?
3. Wen konkret unterstützte Nordzypern mit den o.g. 100.000 Euro "Urlaubsgeld"?

